

Immer mehr Verbote werden gefordert. Doch das ist ein Irrweg Wider dem Verbotewahn

Nicht ohne Grund steht das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit am Anfang der Verfassung.

Wenn ich mir anschau, welche Säue so in den letzten Monaten durch die politischen Dörfer getrieben worden sind, frage ich mich wirklich, ob die alle zu viel auf Flatrate-Parties eingeladen waren. Was ist das eigentlich für eine Politik, die bei jeder Kleinigkeit nach Verboten schreit?

Alles Verboten?

Hier mal eine Auflistung der Dinge, deren Verbote im Februar beziehungsweise März gefordert worden sind:

Rauchen in Gaststätten und öffentlichen Räumen, Killerspiele, Komasaufen, Flatrate-Parties, Glühbirnen, Standby-Geräte, Alkohol und Zigaretten für unter 18-Jährige, Gewalt im Fernsehen, Werbung für Geländewagen, schnelles Fahren, Fahren mit alten Autos in der Innenstadt, Telefonwerbung, zu hohe Managergehälter, Erziehung durch Eltern durch Einführung einer Kindergartenpflicht, Staatsverschuldung.

Man macht es sich zu einfach

Mal davon abgesehen, dass man über das Ziel, dass hinter den Verbotsinitiativen steckt, streiten kann und auch davon abgesehen, dass die meisten Initiativen rechtlich fragwürdig und ohne einen totalitären Überwachungsstaat wohl kaum umsetzbar wären, macht es die Politik sich doch sehr einfach, wenn sie mit Verboten an Symptomen doktort. Auch muss Politik endlich erkennen, dass nicht jedes gesellschaftliche Problem durch Gesetze regelbar ist. Man muss festhalten, dass Gesellschaft sich getrennt von Politik entwickelt. In einigen Bereichen kann man gesellschaftliche Trends unterstützen, oder behindern, aber Gesellschaft zu gestalten ist ein Ansatz den die Politik weder schaffen kann, noch versuchen sollte.

Ich will an dieser Stelle nicht bestreiten, dass die Politik nicht von alleine auf diese Idee kommt, sondern Herr und Frau Bürger auch nach diesen einfachen Lösungen schreien, weil sie denken, dass sich dadurch etwas ändert und sonst die Politik für unfähig halten. Gleichzeitig hat Politik natürlich auch das Interesse solche Regelungen einzusetzen, da es

ihr Legitimation verschafft.

Schlimm wird es vor allem, wenn die Verbote durch „Lockerungen“ des Datenschutzes flankiert werden. So kann der „gläserne Bürger“ gleich auf die Übertretung der Verbote hingewiesen werden. Willkommen in einem Staat, der seine Bürger zu einer konformistischen Gleichschrittsgesellschaft erzieht.

Ist erlaubt was nicht verboten ist?

Das Problem mit dem Irrweg zur Bevormundungsgesellschaft ist aber nicht nur die Beschränkung der individuellen Freiheit, sondern auch die „Beweisumkehr“. Erlaubt ist, was nicht verboten ist und nicht was ethisch vertretbar ist. Das heißt auch: Jeder beruft sich auf sein „Ist doch nicht verboten“ - Recht. Folge: Man klärt unterschiedliche Auffassungen vor Gericht und nicht im Gespräch bei einem Bier.

Für mehr zivile Konfliktbereitschaft

Die deutsche Gesellschaft scheint die Fähigkeit verloren zu haben ihre Konflikte zivil (sprich gesellschaftlich) zu lösen. Anders ist der andauernde Ruf nach Verboten nicht zu erklären, wo doch manches Problem durch Initiative und Konfliktbereitschaft weit einfacher zu lösen wäre. Bräuchte ich ein Rauchverbot in Gaststätten, wenn die Nichtraucher die Konfliktbereitschaft hätten, den Rauchern zu sagen, dass ihnen Speis und Trank ohne Nikotin und Teer besser schmecken würde? Bräuchte man ein Verbot von Flatrate-Parties, wenn Jugendliche und Erwachsene den Konflikt nicht scheuen würden zu sagen, dass der ein oder andere nichts mehr bekommt, weil er offensichtlich bis an die Geheimratsecken getankt hat?

Wir brauchen nicht mehr Verbote, sondern mehr Konfliktbereitschaft, mehr Toleranz, mehr Rücksichtnahme in der Gesellschaft. Und das lässt sich nicht politisch organisieren, sondern nur gesellschaftlich.

Umdenken!

Umdenken ist geboten. Herr und Frau Bürger misstrauen der Politik und den Politikern, glauben aber allseits an die Allmacht des Staates und rufen nach Verboten und Regelungen, es ist ja auch bequemer als selber zu regeln, was einen stört. Aber dann muss man sich ja selber kümmern.

Die Financial Times hat recht, wenn sie schreibt: „Freiheit, das wird in Deutschland nicht mit Abwesenheit staatlicher Willkür übersetzt, sondern mit dem Recht auf Behütetsein.“

Subsidiarität wahren

Wir müssen neu lernen, dass dieser Staat subsidiär organisiert ist, dass jede Regelung des Staates die Freiheit des einzelnen einschränkt und genauso von Verantwortung für sich und seine Gesellschaft entlastet.

Angemerkt sei im Übrigen auch: Wer Bürokratieabbau fordert, muss Regelungen abbauen und nicht neue Regelungen schaffen.

Verbotskatalog

Nichtsdestotrotz fordere ich natürlich auch ein paar Verbote:

- Taschengeld verbieten, es diskriminiert die Kinder, die keines bekommen
- Autorennspiele verbieten, sie führen zu deutlich höherer Risikobereitschaft im Straßenverkehr.
- Internet verbieten, es sorgt in vielen Fällen zur Vereinsamung von Menschen und kann süchtig machen.
- Verbote verbieten!

Freiheit und Verantwortung gehen Hand in Hand.

Verbote, Überwachung und Sozialismus auch.

Freiheit statt Sozialismus.

Johan von Hülsen